

# INFORMATIONEN AUS LAND UND KREIS

## OPTENDRENK ZUR BEKÄMPFUNG VON STEUEROASEN

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt in vollem Umfang das Maßnahmenpaket von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und dem bayerischen Finanzminister Markus Söder zur Schaffung von mehr internationaler Transparenz gegen illegale Finanzgeschäfte. Deshalb wird sie einen entsprechenden eigenen Antrag dem Landtag Nordrhein-Westfalen vorlegen.

Das wichtigste Instrument zur Bekämpfung von Steueroasen ist die Schaffung von Transparenz. Die Veröffentlichung der so genannten „Panama Papers“ zeigt, dass der Druck ge-

genüber Staaten, die Steuerhinterziehung und Geldwäsche begünstigen, weiter erhöht werden muss.



Zudem muss der Standard zum internationalen Informationsaustausch über Finanzkonten weiterentwickelt sowie Gewinnverlagerungen und Gewinnverkürzungen allgemein bekämpft werden.

## AUSBAU VON Ü3-KITAPLÄTZEN

Das vermeintliche Investitionsprogramm der Landesregierung für den Ü3-Ausbau ist lediglich eine Weiterleitung der frei werdenden Bundesmittel aus dem Betreuungsgeld.

Tatsächlich muss die Kinderbetreuung angesichts steigender Geburtenraten und der Integration von

Flüchtlingskindern weiter vorangetrieben werden. Ein eigenes Ü3-Investitionsprogramm aus Landesmitteln wäre hier der richtige Weg gewesen.

Die Mittel aus dem Betreuungsgeld hätten zu 100 Prozent in die Qualitätssicherung bei der Kinderbetreuung gesteckt

### Themen dieser Ausgabe:

Rote Zahlen für NRW-Kommunen	2
Schmerzensgeld für Polizisten	2
CDU Schwalmtal besucht Rettungswache Heyen	2
Optendrenk: NRW verliert weiter an Finanzkraft	3
Strafvollzug vor dem Kollaps	3
Zuwandererkinder werden zurückgelassen	3
„Steuererhöhungspakt“ zu Lasten der Bürger	4
Innere Sicherheit auf dem Tiefpunkt	4
Bundesverkehrswegeplan - Landesregierung am Zug	5
Notrufmöglichkeiten für Gehörlose	5
Spende an Regenbogenland	5
NRW wird beim Breitbandausbau abgehängt	6
Optendrenk bei Wall-Chemie in Kempen	6

werden müssen. Nun wird etwa ein Viertel der Summe den Kitas vorenthalten. Die Leidtragenden sind einmal mehr die Erzieherinnen, Erzieher und die Familien.

## ROTE ZAHLEN FÜR NRW-KOMMUNEN

Laut Statistischem Bundesamt schreiben die nordrhein-westfälischen Kommunen weiterhin tiefrote Zahlen – entgegen dem Bundestrend.



Während die Städte und Gemeinden bundesweit aufgrund gestiegener Steuereinnahmen und stärkerer Bundeszahlungen ein

Plus von 3,2 Milliarden Euro verbuchen, haben die NRW-Kommunen im Finanzierungssaldo im Jahr 2015 ein Minus von

rund 583 Millionen Euro ausgewiesen. Zum Vergleich: Kommunen in Bayern plus 1,4 Milliarden Euro, in Baden-Württemberg plus 886 Millionen, in Niedersachsen plus 785 Millionen oder in Thüringen plus 239 Millionen Euro.

Die NRW-Kommunen tragen dagegen die rote Laterne. Gleichzeitig hat sich die Nettokreditaufnahme in Nordrhein-Westfalen um rund 315 Millionen Euro erhöht. Einen strukturellen Haushaltsausgleich werden im Jahr 2016 voraussichtlich 90 Prozent der NRW-Kommunen verpassen.

## SCHMERZENSGELD FÜR POLIZISTEN

In der Anhörung des Innenausschusses haben sich alle Sachverständigen mit Nachdruck für die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Einführung einer so genannten Erfüllungsübernahme des Landes in Bezug auf Schmerzensgeldansprüche verletzter Polizeibeamter ausgesprochen. Bislang werden Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen von ihrem Dienstherrn allein gelassen, wenn der Beamte seinen gerichtlich festgestellten Anspruch mangels Liquidität des Schädigers nicht durchsetzen kann, obwohl er im Dienst oder

aufgrund seiner dienstlichen Stellung Opfer von Gewalt geworden ist. Das ist inakzeptabel.

Es ist zu hoffen, dass SPD und Grüne dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Sinne der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zustimmen werden.

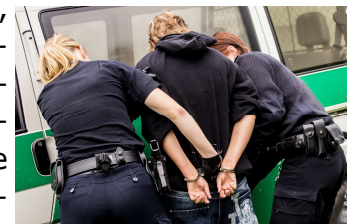


Foto: © jonasginter - Fotolia

## CDU SCHWALMTAL BESUCHT RETTUNGSWACHE HEYEN

Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Lernen Sie Ihr Schwalmtal kennen“ hat die CDU Schwalmtal mit dem Landtagsabgeordneten Stefan Berger die Rettungswache Heyen besucht und sich über die medizinische Notfallversorgung von Schwalmtal informiert.



Amtsleiter Hans Georg Stropfen erläuterte Organisation und Struktur des Rettungsdienstes für Schwalmtal,

Niederkrüchten und Teile Brüggen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen über die Verfügbarkeit der ärztlichen Versorgung, die Ausbildung der Mitarbeiter und die technische Ausstattung.

Kreistagsabgeordneter Rudolf Zellner: „Gerade für das ländliche Grenzland ist eine gut organisierte Rettungswache eine unverzichtbare Voraussetzung für unser Gemeinwesen. Die Besichtigung der Rettungswache hat uns gezeigt, dass im Kreis Viersen und damit in Schwalmtal alles getan wird, um die notärztliche Versorgung sicherzustellen.“

## OPTENDRENK: NRW VERLIERT WEITER AN WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRAFT

Die vom Bundesfinanzministerium veröffentlichten Zahlen zum Länderfinanzausgleich 2015 verdeutlichen einmal mehr: Unter der rot-grünen Verhinderungspolitik verliert unser Land an Wirtschafts- und Finanzkraft. Seit 2012 sinkt die prozentuale Steuerkraft vor der Umsatzsteuerverteilung im Vergleich mit den anderen Ländern kontinuierlich. In 2013 fiel diese sogar erstmals unter den Länderdurchschnitt und verharrt dort seitdem. 2015 erreichte sie nur noch 96,9 Prozent.

Der Finanzminister hat die Zeichen der Zeit leider immer noch nicht erkannt. Er schätzt im Haushalt 2016 die Steuereinnahmen weiterhin auf Rekordhöhe im Ländervergleich. Parallel geht er aber auch von steigenden Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich aus. Beides zusammen geht aber nicht.



## STRAFVOLLZUG VOR DEM KOLLAPS

Vor über einem Jahr trat in Nordrhein-Westfalen das Strafvollzugsgesetz der rot-grünen Landesregierung in Kraft, das jedem Häftling im geschlossenen Erwachsenenstrafvollzug einen Rechtsanspruch auf Unterbringung in einem Einzelhaft-raum einräumt. Gleichwohl stehen bis heute den etwa 10.500 Gefangenen im geschlossenen Erwachsenenstrafvollzug nur rund 9.100 Einzelzellen zur Verfügung, von denen 570 wegen Baumaßnahmen nicht belegbar sind.



Foto: © sinuswelle - Fotolia

Effektiv fehlen dadurch aktuell 1.900 Hafträume. Weil Justizminister Kutschaty zudem die Schließung von

Haftanstalten plant, wird sich dieses Problem künftig weiter verschärfen. Einen Antrag der CDU-Fraktion zum sofortigen Stopp des Haftplatzabbaus in Nordrhein-Westfalen hat Rot-Grün dennoch abgelehnt.

## ZUWANDERERKINDER WERDEN ZURÜCKGELASSEN

Ein Bericht der Landesregierung offenbart den Rückgang der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in Kitas: Der Anteil der Kita-Kinder mit ausländischen Wurzeln ging zwischen 2012 und 2015 von 35,4 Prozent auf 32,9 Prozent zurück. Angesichts der Bedeutung von frühkindlicher Bildung für die Integration ist es schockierend, dass die Landesregierung weder Kenntnisse noch Erkenntnisinteresse für die Ursachen dieser negativen Entwicklung zeigt.



Foto: © Boggy - Fotolia

Allein 2014 kamen 290.000 Personen aus dem Ausland zu uns, 182.000 wanderten ab. Das ist ein Zuwanderungsgewinn für Nordrhein-Westfalen von 108.000. Es verwundert, dass sich der Zuwanderungsgewinn der letzten Jahre, der auch junge Eltern mit kleinen Kindern umfasst, nicht in der Kita-Statistik widerspiegelt.

„Kein Kind zurücklassen“ bedeutet für Rot-Grün offenbar steigende Kinderarmut, Schlusslicht bei der Betreuungsquote und zurückgehende Integration durch frühkindliche Bildung. Das haben die Kinder in Nordrhein-Westfalen nicht verdient.

## „STEUERERHÖHUNGSPAKT“ ZU LASTEN DER BÜRGER

Eine Sachverständigenanhörung im Landtag im März 2016 hat bestätigt, dass ein Festhalten am Stärkungspakt das bundesweit schärfste Steuererhöhungsprogramm ist. Der Stärkungspakt macht Nordrhein-Westfalen zum kommunalen Hochsteuerland und führt bei Teilen der kommunalen Familie nicht zur Stärkung, sondern zum Verlust der kommunalen Selbstverwaltung.

Beim Konsolidierungsprogramm setzt die Landesregierung viel zu stark auf die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer und berücksichtigt nicht die individuelle Situation der 61 betroffenen Kommunen vor Ort. Damit fallen die Kommunen weiter im Standortwettbewerb zurück. Vor

allem aber spüren die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen der Steuererhöhungen: Die Heraussetzung der Grundsteuer kann zu Mehrausgaben von mehreren Hundert Euro pro Jahr und Haushalt führen.



Foto: © Dennis Junker - Fotolia

Gleichzeitig schürt der Innenminister mit seinem kommunalen Prestigeprojekt die Konflikte innerhalb der Kommunen. Es profitieren nämlich nur 61 Kommunen vom Stärkungspakt, obwohl sich 174 Kommunen in finanzieller Notlage befinden.

## INNERE SICHERHEIT AUF DEM TIEFPUNKT

Die Kriminalstatistik 2015 zeigt: Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist auf einen neuen absoluten Höchststand von rund 62000 Fälle geklettert; dies entspricht einem Anstieg um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Seit 2010 sind die Wohnungseinbrüche unter Minister Jäger um rund 39 Prozent gestiegen, die Aufklärungsquote liegt hingegen deutlich unter dem Durchschnitt der Länder. Auch die Zahl von Taschendiebstählen ist auf einem Zehn-Jahres-Hoch, die Zahl von Gewalttaten ist auf gleichbleibend hohem Niveau.



Foto: ©Guido Grochowski - Fotolia

Statt Blitzermarathons und Showrazzien hätte der Innenminister mit mehr Polizeipräsenz den Fahndungs- und Ermittlungsdruck erhöhen müssen. Rot-Grün versagt bei der Inneren Sicherheit auf ganzer Linie. Insbesondere bei der Kriminalpolizei fehlt es seit Jahren an gut

ausgebildeten Spezialisten. Die CDU fordert schon seit langem die Wiedereinführung einer Spezialausbildung für die Kripo. Minister Jäger lehnt das aber bis heute ab.

Auch die Kriminalität im Kreis Viersen steigt deutlich an: Über 40 Prozent mehr Einbrüche im vergangenen Jahr als in den Vorjahren, geringe Aufklärungsquote, höchste Anzahl an gefährlichen und schweren Körperverletzungen seit drei Jahren, höchste Zahl der Raubdelikte seit mehr als fünf Jahren. Hatte die Kreispolizeibehörde im Jahr 2012 noch 426 Mitarbeiter, waren es im vergangenen Jahr nur 398. Bis zum Jahre 2020 ist ein weiteres Minus von etwa 25 Stellen zu erwarten.

### Neues Besucherzentrum im Landtag

Der Landtag hat ein neues multimediales Besucherzentrum. Interessierte können Demokratie hautnah erleben und hinter die Kulissen der Landespolitik blicken. Auf einer 240-Grad-Panorama-Leinwand wird ein Film über die Arbeit der Abgeordneten und des Landesparlaments gezeigt. Acht Themensäulen laden außerdem dazu ein, das Wissen über den Landtag interaktiv zu vertiefen.

Das Besucherzentrum ist an 40 Wochenenden im Jahr geöffnet. Der Eintritt ist frei, Anmeldungen sind nicht erforderlich.

## BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN – LANDESREGIERUNG AM ZUG

Der am 16. März 2016 vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 trägt den besonderen Bedürfnissen der Verkehrswege an Rhein, Ruhr und Wupper umfassend Rechnung. Die CDU Nordrhein-Westfalen hat sich in den Koalitionsver-



Foto: © Almgren - Fotolia

handlungen 2013 dafür eingesetzt, dass die Mittel nach Priorität und nicht nach Himmelsrichtungen vergeben werden.

Mit Erfolg: Der Anteil nordrhein-westfälischer Straßenprojekte an den bundesweit geplanten Maßnahmen steigt erstmals deutlich an: von 16 auf 19,2 Pro-

zent. Darüber hinaus wird das wichtigste NRW-Projekt im Schienenpersonennahverkehr, der Rhein-Ruhr-Express, mit 1,844 Milliarden Euro im vordringlichen Bedarf geführt.

Jetzt muss die rot-grüne Landesregierung umgehend einen Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfahren vorlegen, um auch alle Mittel abrufen zu können. Zudem bedarf es konkreter Aussagen, bis wann die Planungen für alle Straßenprojekte des vordringlichen Bedarfs Baureife erlangen sollen.

Im Bundesverkehrswegeplan ist ein Aufbau West klar angelegt. Den muss die nordrhein-westfälische Landesregierung nun auch ermöglichen.

## NOTRUFMÖGLICHKEITEN FÜR GEHÖRLOSE

Die Landesregierung hat kein Konzept zur Verbesserung der Notrufsituation von Gehörlosen und Gebärdenden und schiebt die Verantwortung in Notfällen auf die betroffenen Menschen ab. Denn das Land verweist sie darauf, einen Notruf per Fax abzusetzen. Das ist völlig weltfremd. Es ist skandalös, dass schwersthörige und gehörlose Mitbürger auf eigene Kosten die Notruf-Apps von privaten Anbietern installieren müssen, um ihre Überlebenschancen in einem Notfall zu verbessern.

Die CDU fordert, dass im Gesetz zur barrierefreien Kommunikation eine Möglichkeit zum Notruf per App oder SMS verankert wird, bis eine bundesweit beziehungsweise europaweit einheitliche Lösung tatsächlich realisiert ist.



Foto: © cirquedesprit - Fotolia

## SPENDE AN „REGENBOGENLAND“



Trotz des medizinischen Fortschritts gibt es Kinder und Jugendliche, die lebensbedrohlich erkrankt sind und für die eine Heilung auszuschließen ist. Kinder- und Jugendhospize begleiten die Betroffenen sowie deren Eltern auf dem schwierigen Weg der letzten Monate und Wochen.

Das Kinder- und Jugendhospiz Regenbogenland in Düsseldorf bietet den betroffe-

nen Kindern und Jugendlichen ein zweites Zuhause. Das im Jahr 2004 gegründete Regenbogenland finanziert sich fast ausschließlich über Spenden. Deshalb hat die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag bei ihrer Weihnachtsfeier zu einer Spendenaktion zugunsten dieses Kinder- und Jugendhospizes aufgerufen. Durch die Spenden ist ein Betrag von über 1.400 Euro zusammengekommen, der an das Kinderhospiz überwiesen wurde.

## NRW WIRD BEIM BREITBANDAUSBAU ABGEHÄNGT



Während seit 2012 in Bayern jährlich 10 Prozent der Haushalte schnelles Internet erhalten haben, waren es in

Nordrhein-Westfalen jährlich weniger als 2 Prozent. Lediglich 77 von 396 nordrhein-westfälischen Kommunen haben bislang Fördermittel für die Erstellung eines Ausbaukonzeptes beantragt; in Bayern hatten Ende 2015 bereits über 600 bayrische Kommunen ein fertiges Ausbaukonzept.

Ohne eine deutliche Erhöhung der Ausbaudynamik wird in Nordrhein-Westfalen

frühestens 2030 jeder Haushalt einen Anschluss ans schnelle Internet haben. Die Landesregierung hat es bisher versäumt, förderfähige Projekte zu initiieren. Die Mittel des Bundes werden nach dem Windhundprinzip vergeben: Wer zu spät kommt, geht leer aus.

Seit Sommer 2015 ist klar, dass das Land 135 Millionen Euro aus der digitalen Dividende II für den Breitbandausbau zur Verfügung hat. Leider können die Kommunen die Mittel bisher nicht in Anspruch nehmen, weil das Land bis heute keine Förderrichtlinie verabschiedet hat. So wird Zukunft verspielt.

## MARCUS OPTENDRENK BEI WALL CHEMIE IN KEMPEN

„Viele Niederrheiner benutzen jeden Tag Produkte aus unserem Unternehmen, ohne es zu wissen.“ Das berichtet Vera Kawka, Prokuristin beim Kempener Unternehmen Wall Chemie. Denn in vielen Haarschampoos sind Stoffe, die Am Selder in Kempen hergestellt werden.

Um sich über die Leistungsstärke der Wall Chemie zu informieren, besuchte Marcus Optendrenk das Kempener Familienunternehmen. Nach einer kurzen Präsentation der historischen Entwicklung der Wall Chemie ging es besonders um derzeitige Herausforderungen und zukünftige Chan-

cen des Unternehmens. Hauptthemen waren dabei der Mangel an ausgebildeten Chemietechnikern sowie flexible Betreuungsmöglichkeiten für junge Eltern, die im Unternehmen arbeiten.



Von links: Nils Kawka, Vera Kawka, Dr. Marcus Optendrenk, Dr. Dieter Kawka, Klaus Kawka

Dr. Marcus Optendrenk MdL  
CDU-Kreisverband Viersen  
Goetersstraße 54  
41747 Viersen  
Telefon 02162 - 29011  
Telefax 02162 - 18989  
marcus.optendrenk@landtag.nrw.de  
www.marcus-optendrenk.de

Dr. Stefan Berger MdL  
CDU-Kreisverband Viersen  
Goetersstraße 54  
41747 Viersen  
Telefon 02162 - 29011  
Telefax 02162 - 18989  
stefan.berger@landtag.nrw.de  
www.stefan-berger.de